

16. NOVEMBER 2017

Solidarität mit den Beschäftigten von Ledvance



DIE LINKE beteiligt sich an der Protestkundgebung vor LEDVANCE

DIE LINKE beteiligte sich an der Protestkundgebung am Donnerstag, 16.11. vor dem LEDVANCE-Werk in Augsburg. Das Werk soll dichtgemacht werden. Wieder sollen hunderte Beschäftigte ihren Job verlieren. [URL: http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Ledvance-Schliessung-eine-Horror-Nachricht-fuer-Augsburg-id43238901.html](http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Ledvance-Schliessung-eine-Horror-Nachricht-fuer-Augsburg-id43238901.html) Das Sterben begann schon unter OSRAM. Den betroffenen Beschäftigten sichert DIE LINKE ihre ganze Solidarität zu. Die schwäbische Bundestagsabgeordnete Susanne Ferschl: "Es macht mich richtig wütend, dass die Beschäftigten, die über Jahre hinweg die Gewinne erwirtschaftet haben, das Missmanagement der Geschäftsführung ausbaden sollen. Ich unterstütze den Protest für die Standorterhaltung."

So was darf sich nicht wiederholen. Was muss passieren? Die Beschäftigten müssen bei wirtschaftlichen Entscheidungen des Unternehmens mitreden können. Die Beschäftigten sollen nicht nur über die Farbe der Gardinen in ihren Betrieben, sondern auch über das Was, das Wie und das Wo der Produktion mitbestimmen können. [URL: https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/jutta-krellmann-unternehmensmitbestimmung-ausweiten/](https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/jutta-krellmann-unternehmensmitbestimmung-ausweiten/) Mit mehr Mitbestimmung hätten bei Ledvance sicher Schlimmeres verhindert werden können. Denn die Geschäftsleitung bei Ledvance und früher bei Osram hat die technologische Entwicklung schlicht verpennt. Betriebsrat und Gewerkschaft kritisieren das seit Jahren. Passiert ist nichts. Denn Betriebsräten fehlen hierzulande wirksame Mitbestimmungs- und Vetorechte, um Fehlentscheidungen der Unternehmensleitung zu korrigieren. Regelmäßig fordert DIE LINKE im Bundestag eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung. Diese Anträge werden in schöner Regelmäßigkeit von den Abgeordneten der CSU und der SPD abgelehnt.

Für die Betroffenen ist es eine Katastrophe. Den Menschen droht jetzt schlechtbezahlte Leiharbeit oder Hartz IV. Deshalb fordert DIE LINKE ein Verbot von Leiharbeit und die Abschaffung von Hartz IV: Statt Hartz IV brauchen wir dringend eine echte Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Dann müssen die Menschen die Fehler des Managements nicht doppelt ausbaden.

Auch Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl hat sich eingeschaltet und will "für den Standort kämpfen". Gribl hat gleich den obligatorischen Runden Tisch einberufen. Ob sich der chinesische Eigentümer allerdings von der Augsburger Allianz für Arbeitsplätze [URL: http://www.b4bschwaben.de/b4b-nachrichten/augsburg_artikel.-siebenpunkteplan-so-will-augsburg-ledvance-retten-arid.252678.html](http://www.b4bschwaben.de/b4b-nachrichten/augsburg_artikel.-siebenpunkteplan-so-will-augsburg-ledvance-retten-arid.252678.html) beeindrucken lässt, ist zu bezweifeln - leider.

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.AUGSBURG.DIE-LINKE-BAYERN.DE/POLITIK/MELDUNGEN/DETAIL/ARTIKEL/SOLIDARITAET-MIT-DEN-BESCHAEFTIGTEN-VON-LEDVANCE/](http://www.augsburg.die-linke-bayern.de/politik/meldungen/detail/artikel/solidaritaet-mit-den-beschaeftigten-von-ledvance/)

